

GLuP im Rat der Stadt Laatzen

Antrag **- öffentlich -**

Beratungsfolge:

Verwaltungsausschuss

Drucksachen-Nr.: 2013/307

am 12.12.2013

TOP:

Einführung von barrierefreier Verschlüsselungstechnik als Kommunikationszugang **- Antrag der Gruppe Linke und Piraten im Rat -**

Herrn Bürgermeister
Thomas Prinz
Marktplatz 13
30880 Laatzen

05.11.2013

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

wir bitten Sie, folgenden Antrag den Gremien zur Beschlussfassung vorzulegen:

Antrag:

Wir beantragen die Einführung von Verschlüsselung z.B. auf Basis der freien Software Gpg4win (GNU Privacy Guard for Windows) bei allen öffentlichen Einrichtungen der Stadt Laatzen. Es besteht dringender Bedarf eine für den Bürger leicht zu handhabende Verschlüsselungstechnik zur Kommunikation mit der Behörden einzuführen.

Begründung:

Zurzeit ist keine verschlüsselte Kommunikation mit der Stadtverwaltung Laatzen möglich.

Nach der Pressemeldung vom 17. Aug. 2013

„Bundesinnenminister Dr. jur. Hans-Peter Friedrich hat die Deutschen aufgerufen, selbst mehr für den Schutz ihrer Daten zu tun. Verschlüsselungstechnik oder Virenschutz müssten mehr Aufmerksamkeit erhalten, sagte Friedrich nach seiner Anhörung vor dem Parlamentarischen Kontrollgremium (PKG) des Bundestages zu der Spähaffäre. Die technischen Möglichkeiten zur Ausspähung existierten nun einmal, deshalb würden sie auch genutzt. Friedrich sprach sich für gesetzliche Verbesserungen beim Datenschutz aus und schlug auf internationaler Ebene eine "digitale Grundrechtscharta" vor.“

haben wir versucht die Hintergründe etwas aufzuhellen:

1. Eine einfache, für die Bürger leicht zu benutzende verschlüsselte Kommunikation mit Ämtern und Behörden ist nicht möglich.
2. Da es, mittlerweile üblich ist kurz eine Mail zu versenden und seitens vieler Organisationen einschließlich der EU gefordert wird ist dies offensichtlich nicht bürgerfreundlich.
3. Gerade bei der Kommunikation mit den Behörden fallen sehr viele und in der Regel sehr sensible Daten an, die nur durch eine gute Verschlüsselung vor der Überwachung geschützt sind.
4. Wie Bürger werden Seitens des Bundesinnenministers, von Amts wegen, dazu genötigt zu verschlüsseln.
5. Die im Antrag benannte Software zur Verschlüsselung z.B. Gpg4win (GNU Privacy Guard for Windows) wurde seitens des Innenministeriums gefördert und im Auftrag des Bundesamtes für Sicherheit in der Informationstechnik entwickelt. Die Software ist sicher und einfach zu handhaben.
6. Die Einrichtung der Eilbedürftig, da angebotenen Kommunikationsmöglichkeiten augenblicklich nicht die Forderung des Bundesinnenministers erfüllen und der Bürger dadurch in seinen Möglichkeiten stark eingeschränkt wird.
7. Die vielfach angedachte Lösung DE-Mail, bietet hier keine kurzfristige Lösung, da die notwendige Infrastruktur erst geschaffen werden muss.
 - a. DE-Mail ist aber auch aus anderen Gründen hierzu ungeeignet. Es fehlt z.B. die Ende-zu-Ende-Verschlüsselung, die Signaturkarten sind in der Bevölkerung nicht vorhanden.

Für die Gruppe GLuP im Rat der Stadt Laatzen

Heiko Schönemann (PIRATEN) und Ralf Wetzel (DIE LINKE.)